



Taxpayers Association of Europe

Nymphenburger Str. 118, D-80636 München

Telefon +49 (0) 89 / 126008 - 0, Fax +49 (0) 89 / 126008 - 47

Email: info@taxpayers-europe.org, Internet: www.taxpayers-europe.org

Abdruck honorarfrei. Bei Veröffentlichung bitte Quellenangabe und Belegexemplar

Leistungen an EU-Abgeordnete

Bund der Steuerzahler mahnt umfassende Reformen, strafrechtliche Verfolgung und Einführung eines Ehrenkodex an

Angesichts der neuen Betrugsvorwürfe gegen EU-Abgeordnete mahnt der europäische Bund der Steuerzahler umfassende Reformen und eine konsequente strafrechtliche Verfolgung an. Die in den Medien dargestellten Fälle - Betrugereien bei den Tagegeldern, Selbstbedienung bei der Reisekostenvergütung und bei der Sekretariatszulage – belegen nach Auffassung von TAE-Präsident Rolf von Hohenhau, dass das Vergütungs- und Entschädigungssystem der EU-Abgeordneten erhebliche Mängel aufweist und betrugsanfällig ist. Diese Missstände müssen unverzüglich beseitigt werden und zwar nicht hinter verschlossenen Türen sondern transparent und für die Bürger Europas nachvollziehbar.

Keine Vorverurteilung von Abgeordneten: Aufklärung nötig

Es wäre falsch und ungerecht, alle EU-Abgeordneten schon jetzt zu verurteilen und diesen Vorwürfen ausgesetzt zu lassen. Das Europäische Parlament müsse gerade deshalb zum Schutz der Abgeordneten in die Offensive gehen und von sich aus allen Vorwürfen nachgehen.

Überführte Abgeordnete strafrechtlich verfolgen und zum Rücktritt aufgefordert

Wenn sich dabei die Betrugsvorwürfe bestätigen, sollten die betreffenden Abgeordneten namentlich genannt und deren Immunität aufgehoben werden, damit der Betrug am Steuerzahler auch strafrechtlich verfolgt werden kann. Dass unrechtmäßig kassierte Beträge zurückerstattet und überführte Abgeordnete ihr Mandat niederlegen, ist für von Hohenhau eine Selbstverständlichkeit.

Kurzfristige Lösung: Ehrenkodex

Als kurzfristige Lösung des Problems schlägt der Bund der Steuerzahler in Anlehnung an das holländische Modell einen Ehrenkodex „Code of Honour“ für die EU-Abgeordneten vor, in dem diese sich dazu verpflichten, Pauschalen, die die tatsächlichen Kosten überschreiten, an das Europäische Parlament zurück zu zahlen.

EU-Abgeordneten-Statut

Das geplante EU-Abgeordneten-Statut müsse nicht nur das Problem der unterschiedlichen Entschädigungen aufgreifen, sondern gleichzeitig auch die Frage der Abschaffung und drastischen Kürzung der Pauschalen sowie die Einführung einer Erstattung nur gegen Kostennachweis klären.

Reformbereitschaft aller Mitgliedsländer gefordert

Die Bereitschaft zu Reformen dürfe sich nicht nur auf einige wenige Länder wie z. B. Deutschland, Niederlande und Österreich, beschränken, sondern müsse alle Mitgliedsländer umfassen.

Brüssel/München, 19.3.2004

Rudolf G. Maier, Pressesprecher

Rückfragen:

TAE-Büro München, Michael Jäger: Phone: ++49/89/12600820

TAE-Büro Brüssel, Walter Grupp: Phone: ++32/2/7387112

E-mail:

info@taxpayers-europe.org

Internet:

www.taxpayers-europe.org